

Bezugspreis
 für Halle monatlich bei zweimonatlicher
 Zustellung 1.50 Mark, vierteljährlich
 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark
 einschließlich Zustellungsgebühr. Be-
 stellungen werden von allen Verlags-
 stellen angenommen. Zu
 amtlichen Zeitungsverordnungen unter
 Bezeichnung eingetragener Manuskripte
 wird keine Gewähr übernommen.
 Nachdruck nur mit der Quellen-
 angabe. **Redaktion** des Deutschen
 Reiches in der Schillingstraße Nr. 1140,
 fernruf 1140. **Verlag** des Deutschen
 Reiches in der Schillingstraße Nr. 1142,
 fernruf 1142. **Druckerei** des Deutschen
 Reiches in der Schillingstraße Nr. 1133,
 Postfach-Ronto Leipzig Nr. 4609.

Deutsche Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Nr. 215.

Halle, Freitag, den 9. Mai.

1919.

Scheidemann über die Bedingungen.

Der Eindruck der feindlichen Bedingungen in ganz Deutschland. — Die Regierung will durch Verhandlungen einen Rechtsfrieden erreichen. — Einberufung der Nationalversammlung.

Die Reichsregierung an das deutsche Volk.

Gegen die grausamen Bedingungen unserer Gegner. — Die Bedeutung dieser Bedingungen. Appell zur Einigkeit des ganzen Volkes.

WTP. Berlin, 8. Mai. (Drahtnachricht.) Der Reichspräsident und die Reichsregierung wenden sich mit folgendem Appell an das deutsche Volk:
 Der ehrliche Friedenswille unseres schwer bedrückten Volkes hat die erste Antwort in ungenügendem Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und die Verpflichtungen des Waffenstillstands-Vertrages, so schwer sie waren, ehrlich erfüllt. Trotzdem setzen unsere Gegner
 sechs Monate lang den Krieg durch's Aufrecht erhalten der Hungerkatastrophe fort.
 Das deutsche Volk trägt alle Leiden und Verletzungen auf die durch die Not von 8. November von den Alliierten gegebenen Zugabe, daß der Friede ein Friede des Rechtes auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen in den Friedensbedingungen geboten wird, widerspricht der gegebenen Zugabe.
 Es für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Ausübung aller Kräfte unerfüllbar.
 Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus einem solchen aufgenötigten Frieden müßte neuer Zwang zwischen den Völkern und im Bereiche der Weltgeschichte neues Morden erwachsen. Die Welt müßte jede Hoffnung auf einen die Welt befreienden und heilenden Frieden über den Frieden über den Frieden verlieren.
 Zurückhaltung und Zerschlagung des deutschen Volkes.
 Auslieferung der deutschen Arbeiterkraft
 in den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Lohnsklaverei, dauernde Festhaltung der jungen deutschen Jugendkraft durch den Imperialismus der Entente ist das Ziel dieses gemäßigten Friedens.

Die deutsche Regierung wird den Friedensvorsatz der Verwirklichung mit dem
 Bestreben des Friedens des Rechtes
 auf der Grundlage eines dauerhaften Weltfriedens beauftragt. Die diese Erregung, die alle deutschen Völker ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den geschlossenen Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt.
 Die deutsche Regierung wird alle Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk die beste
 nationale Einheit und Unabhängigkeit
 und die beste Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erwirken, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unter der Bedingung, daß
 jeder Volk muß sich
 durch eigenes Handeln retten.
 Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbst gewählte Regierung zusammenhalten ohne Unterschied der Parteien. Möge Deutschlands sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gemeinsame Freiheit zu bewahren. Jeder Versuch, der ganze Wille der Nation zu trennen, ist die Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufhebung anderer Völker.
 Die Regierung ruft alle Völkergenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr zusammenzutreten in wechselseitigen Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechtes.
 Der Reichspräsident Ebert.
 Die Reichsregierung
 Scheidemann, Dernburg, Bauer, Sell, David, Engelberger, Goethen, Noske, Kreuz, Wiffel, Schmidt.

dieser, werden das Wiederentstehen durch laufende Feindes und andere Feinde unmöglich machen. Meine Herren! Wir leben am Grabe des deutschen Volkes,
 wenn alles das, was sich hier Friedensbedingungen nennt, zur Verwirklichung gebracht wird. Ich kann Ihnen hier anstandslos die noch nicht vollständig überprüfte, keine reifliche Delegation von der Einnahme der Regierung geben, aber was ich tun kann und will, ist zu verdeutlichen, Scheidemann verzichtet nicht die Grundfragen, auf denen wir den Waffenstillstand abgeschlossen haben, die von beiden Seiten, von unserer Seite und von allen Alliierten anerkannt worden sind und der hauptsächlichsten Bedingungen, wie sie jetzt vorliegen und sich dann fort:
 Jedes weitere Wort würde die Unmöglichkeit und die Unüberwindlichkeit der Bedingungen abklären, die nichts anderes sind als ein beschränktes Todesurteil.
 Die Reichsregierung muß nach diesem Dokument des Hoffens und der Bedenklichkeit politisch richtig behaupten. Sie würde ihre Pflicht auch schwerer verstehen, wenn sie sich Empfehlungen überlassen würde, die — das dürfen Sie mir glauben — über ihn nobelsten, wie möglich werden lassen. Sie kann sich allerdings nur schwer zu dem Glauben bringen, daß unsere Gegner in dieser ersten Stunde der Welt eine Art Verhandlungsprogramm vorgelegt haben, um das nun der Schicksal los werden soll. Sie folgt aber eine Einigung
 nicht vom Handeln, sondern vom Verhandeln
 und in diesem Sinne hat sie die Delegation in Versailles ange-
 wiesen, alles das, was ich Ihnen auszuführen die Ehre hätte, den feindlichen Regierungen in einer Note darzulegen. Gleich-
 zeitig die demütigsten Gegenwärtigen innerhalb der vormaligen
 Vertrag in Aussicht zu stellen und schließlich um die mündliche
 Vertragsurkunde zu erhalten, in der vor allem Ausnahme über die
 Gründe zu erklären, welche aus Umständen dieser oder jener
 Vorberufung abgeleitet haben. Die Reichsregierung will diese Ver-
 handlungen, will zum Frieden kommen. Ein gemäßigtes Volk
 und Land, wie das uns
 vertragen keine herkömmlichen Regeln.
 Das ganze Handeln im Namen der Soldaten liegt: Wir werden
 uns aber dieses Dokument mit einem Willen und in der
 Hoffnung stellen, daß das Ende unserer Zusammenkunft
 vor uns unterzeichnet werden kann, bei der ganz im Sinne der
 Reichsregierung steht. Wir werden diesen Selbstakt mit dem
 Einverständnis des Volkes, mit allen Kräften
 anzusetzen gehen.
 Herr Antrag der Hrn. Gräber und Sanjmann werden
 sich darauf der Rede abzusprechen auf eine halbe Stunde.
 Nach der Rede macht Präsident Ebert nachfolgende
 Mitteilung:
 In Übereinstimmung mit den früheren sämtlicher Parteien
 habe ich folgende Erklärung abgegeben:
 Der Herr Reichspräsident hat mit Recht den Friedens-
 vertrag, so wie er uns von unseren Feinden vorgelegt wurde,
 für unerträglich und unerfüllbar erkannt.
 Er hat anzeigt, daß die Bedingungen mit anderen Ge-
 wahren eingehalten werden. Wir sind damit einverstanden, daß
 diesem Wege der Vernunft gemacht werde, einen Frieden zustande
 zu bringen, der für das deutsche Volk erträglich und erfüllbar ist.
 Ich habe auf einmütigen Wunsch aller Reichstagen des Plenums
 der Nationalversammlung am nächsten Morgen, den 12. Mai,
 nachmittags 3 Uhr, nach Berlin e. Die Mitglieder des Frei-
 densausschusses werden ich alsbald zusammen berufen.
 Hiermit schließt die Sitzung.

Bedrückte Stimmung in Oberschlesien.

Auch der Stettiner Hafen internationalisiert?
 Oppeln, 8. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) In der Nummer vom 8. Mai des polnischen Blattes „Gorna Sloboda“ befindet sich ein polnisches Interkommunikat folgendes:
 Der Gebiete Polens in der Schweiß, Fisch und Industrie wurde durch das Interkommunikat der Oberschlesien Frage und Wünsche für die Zukunft. Die ober-schlesische Frage ist erledigt. Die Grenze wird keinen Schritt zurückweichen und kein Verhandlungen mit Deutschland zulassen. Soweit Oberschlesien von polnischer Bevölkerung bewohnt ist, wird es von Deutschland getrennt, einschließlich der Städte Kattowitz, Dzierzgon, welcher die polnischen Teile der Kreise Neustadt, Grotzowenberger und Namslau. Die Schiffsahrt auf der Elbe und der Stettiner Hafen werden internationalisiert. — Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen hat insbesondere in Oberschlesien eine bedrückte Stimmung angefaßt. Soweit Meldungen vorliegen, betrifft überall Hilfe.

einmal den Inhalt des ganzen Friedensdokuments abzuwarten, aber in allen Betrachtungen stellt man die herbe Enttäuschung darüber, wo denn Herr Wilson geblieben ist, auf den das deutsche Volk in seinem Unglück die letzte Hoffnung setzen zu dürfen glaubte.

Einwöchige Landestrainer.

Berlin, 8. Mai. (Drahtnachricht.) Der Präsident des Reichsmilitärkommissars hat an die Regierungen der Freistaaten folgendes Telegramm erlassen:
 In schwerer Not und Sorgenstunde hat das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entsagend. Mit ihrer Bekanntheit ist bittere Enttäuschung und unglückliche Trauer über das Volk gekommen. Diesen Gefühlen des deutschen Volkes wird öffentlich Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten ersucht, zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Anstalten unterbrechen und in der Theater nur solche Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Ernst dieser so schweren Zeit entsprechen.

Tagung des Friedensausschusses.

WTP. Berlin, 8. Mai. (Drahtnachricht.) Der Friedensausschuss hat heute nachmittag 3 Uhr zusammen. Die Mitglieder des Friedensausschusses sind heute nachmittag erschienen. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er erklärt:
 Der Friedensvertrag bedeutet eine
 Verletzung des deutschen Volkes
 seit einige Tagen. Der Friedensvertrag ist nicht nur eine un-
 erfüllbare, sondern auch eine
 unmögliche. Er enthält kein
 Friedensversprechen, sondern
 nur eine Erklärung, daß die
 deutsche Regierung bereit ist,
 die Bedingungen des Friedens-
 vertrages zu erfüllen.
 Die Regierung wird alle Kräfte
 anspannen, um für das deutsche
 Volk die beste nationale Einheit
 und Unabhängigkeit und die beste
 Freiheit der Arbeit in Wirtschaft
 und Kultur zu erwirken, welche
 die Alliierten allen Völkern
 Europas geben wollen, nur unter
 der Bedingung, daß jeder Volk
 muß sich durch eigenes Handeln
 retten.

Bleibt die ganze Delegation in Versailles?

Versailles, 8. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Über den Verbleiben der deutschen Friedensdelegation in Versailles sind noch keine bestimmten Bestimmungen getroffen worden. Es wird sich erst im Laufe der heutigen Tages entscheiden, ob die Delegation vollständig in Versailles verbleiben wird, oder ob einzelne Mitglieder zur Information der Reichsregierung nach Deutschland zurückkehren werden.

Die Stimmung in Süddeutschland.

Karlsruhe, 8. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Der Eindruck, den die heute morgen bekanntgegebenen Friedensbedingungen der Alliierten in Süddeutschland machen, ist wie die N. Z. aus Anfragen in Süddeutschland und württembergischen Städten entnimmt, auf die Bevölkerung ein tiefes Bedauern gewesen. Der große Optimismus, mit dem man den Bedingungen entgegen sah, wurde nun überfallen. Darüber sind sich auch alle Zeitungen einig, einschließlich der mehrheitspolitischen und unabhängigen Organe, welche das Friedensdokument mit seinen nachzuwendenden Forderungen als das katastrophale des deutschen Kapitalismus bezeichnet. Einmütig wird die Unmöglichkeit dieser verhängenen Bedingungen abgelehnt. Die Alliierten, welche ihre Forderungen unter Überforderung wie „Deutschlands einzige Stunde“ usw. bringen, raten, auch in dieser schweren Stunde die Behauptung nicht zu verlieren und zu ver-

Die preussische Landesversammlung gegen den Gewaltfrieden.

Vertragung der Landesversammlung.
 Berlin, 8. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Der Beginn der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung, der für 12 Uhr angelegt war, enthält eine bedeutende Festsetzung. Erst nach 1/2 Uhr eröffnete der Reichspräsident den Verlauf der Sitzung und erteilte dem
 Ministerpräsidenten Hirsch
 des Wort zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung. Das Haus hörte die Erklärung des Ministerpräsidenten stehen an, nur die Unabhängigen blieben sitzen. Der Ministerpräsident führte aus:
 Meine Damen und Herren! Vor Ihnen und Ihnen ist in diesem Augenblick beherzigt von dem Eindruck der Friedensbedingungen, die wir aus der heutigen Morgenpresse erfahren haben. Diese Bedingungen stehen zu der am 11. April dieses Jahres gefassten Entschließung der preussischen Landesversammlung für einen Rechtsfrieden in härtester Gegensatz. Die Staatsregierung hat sich damals der Entschließung der Volksvertretung angeschlossen und steht heute an dem gleichen Standpunkt.
 In den heute vorliegenden Bedingungen handelt es sich um einen reinen Machtfrieden. Sollte er zustande kommen, so würde das für unser Vaterland nichts als Elend und Hunger bringen. In diesem ersten Augenblick der preussischen und deutschen Geschichte heißt es vor-

allen den Dingen sich begeben. Die Regierung ruf' ihnen zu: Schlicht die Reiben, laßt Euch nicht zu Unbesonnenheiten fortziehen, laßt alle Streitigkeiten beiseite.

Wie stehen vor der Front: Sein oder Nichtsein? Bewusstlos muß sich das ganze Volk hinter die Reichs- und Staatsregierung stellen, um den geplanten Gewaltfrieden umzuwandeln. Das ist nun möglich, wenn das gesamte Volk, dem zugewendet wird, sein eigenes Todesurteil zu unterschreiben, hinter der Regierung steht. Dieser trübliche Tag in unserer Geschichte muß ein hartes Geschick finden.

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten, die sich für sich von sämtlichen Rundgebeten begleitet war, gab der Kaiserpräsident folgende Erklärung ab:

Ich bin beauftragt worden, im Namen einer großen Anzahl von Mitgliedern dieses Hauses den k. k. Kaiser zu ersuchen, sich an dem Beschlusse, das es sich nichts anderes hienzielt, als darauf, Deutschland und insbesondere das preussische Volk auf immer und ewig aus den Reihen der an dem Geschicks der Welt mitwirkenden Völker zu streichen. (An dieser Stelle wird die Rede des Ministerpräsidenten, was hienzielt, nach dem kaiserlichen Willen, das Reich der Welt zu streichen, als das einzige, was sich an dem Beschlusse, das es sich nichts anderes hienzielt, als darauf, Deutschland und insbesondere das preussische Volk auf immer und ewig aus den Reihen der an dem Geschicks der Welt mitwirkenden Völker zu streichen.

Für die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie gab darauf Adolf Hoffmann eine Erklärung ab. Die Partei der unabhängigen Sozialdemokratie vertritt den Gesamtvolk auf das Schärfste. Von den imperialistischen Regierungen der Entente waren andere Bedingungen nicht zu erwarten. Dieser Friedensvertrag ist die letzte des kapitalistischen Systems. Stürzt daran hind die sozialistischen Massen und Gewaltpolitiker aller bürgerlichen Parteien, aber auch die Nationalsozialisten seit dem August 1914. Bei der Zusammenkunft der Friedensbesprechungen waren andere Bedingungen auch gar nicht zu erwarten. Zum Schluss sprach Hoffmann die Hoffnung aus, daß das internationale Proletariat diesen Gesamtvolk Frieden zu Fall bringen würde, sowie es den Gesamtvolk von West- und Ost zu Fall gebracht habe.

Nach der Rede Hoffmanns erhielt der Kaiserpräsident die Ermächtigung des Hauses, die Sitzung bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Die Berliner Kabinettsitzung.

Berlin, 8. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) In der heutigen Kabinettsitzung, die sich mit den Friedensbedingungen der Entente, sowie mit den Instruktionen beschäftigt, die dem Grafen Brodowski-Nankow nach Versailles übermittel werden sollen, nahmen sämtliche zurzeit in Berlin weilenden Minister teil. Die Sitzung dauerte von 11 Uhr vormittags bis 12 Uhr nachmittags. Die Beschlüsse, die gefaßt wurden, werden morgen bekanntgegeben. Die Verhandlung des Regierungspunktes gegenüber dem Friedensentwurf wird aller Wahrscheinlichkeit nach morgen stattfinden.

Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wisell.

Berlin, 8. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Der Abtritt Wisell: Das Gerücht von einem Rücktrittswunsche des Reichswirtschaftsministers Wisell herab unseren Informationen nach auf Nichts hinaus. Er ist aber Begründete Aussicht vorhanden, den Ministerposten in seinem Amte zu erhalten.

Das Rosenhaus.

Roman von Fejy Ganges.

„I, so eine Bande!“ sagte Emilia. „Hat so was Kerne, ist das ne Art? Der gute alte Jaun? Der zopt, wenn könnte man... Wenn das der selbe Herr sehen müste!“

„Künst der schönsten, Madame Jules Granetour“, wissen Sie, der gemeint mit dem ganzen Hofschloß in der Witte, die der Herr erst vor zwei Jahren als Neuheit aus Triest von Lombert hatte kaufen lassen, hab kaputt. Und wie taupull! ... Wo, das sind ja schöne Aushäuser!“ Er richtete das geschwobene Gamsloch hoch.

„Kriegel müßten dieß Geiß haben, Krügel, Geismener! Na, ich sage Ihnen! Sie fuhr mit der Reichen in erregter Auf und Ab durch die Luft, als sei eine gewisse Körpergröße in erreichbarer, wohl zu bearbeitender Höhe.“

„Nun trat Doktor Beerbach vor die Tür. „Das geht gut los“, sagte er. „Diese Bengel!“

„Ausbinde lind's, Herr Doktor“, erbot sich Emilia. In demselben Augenblick öffnete Traute Westfall ein Fenster ihres Zimmers, um den vorhin von ihrem Standorte hinter der Gardine aus beobachteten Vorgang ebenfalls zu kritisieren.

„Friedrich, du mußt du entfieldest energisch eingreifen“, tief sie Beerbach zu. „Sonst laßt uns diese unregelmäßige Kotte eines schönen Tages das Haus über dem Kopf an.“

Aus dem Friedensentwurf der Entente.

Wenn Deutschland in den Völkerverbund zugelassen wird. — Die finanziellen Lasten. — Die geplante Regelung der Grenzfragen. — Der große Länderraub.

WIE. Berlin, 8. Mai. Aus dem umfangreichen Entwurf der Entente wird weiter mitgeteilt:

Nach dem Statut gehören erstens alle diejenigen Staaten, die gegen uns gekämpft und die diplomatischen Beziehungen mit uns abgebrochen haben, sowie die Neutralen, namentlich die Nordländer, Dänland und die Schweiz, den Völkerverbund als Mitglieder an, die letzteren durch Erklärung innerhalb zweier Monate. Deutschland kann nun nicht Mitglied werden. Andererseits dazu, ist Weidmittel die Pflicht innerhalb der Staatenverammlung und Übernahme von Garantien für Einhaltung der internationalen Verpflichtungen und des Regiments etc.)

In den finanziellen Klauseln heißt es: Der gesamte Beleg und alle Einnahmen Deutschlands, sowie der deutschen Gliedstaaten hatten an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten und Zinsen aus dem vorliegenden Vertrage oder anderen Abmachungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten teilhaftig des Reichthums Landes. Insbesondere darf die deutsche Regierung bis zum 1. Mai 1921 über Gold und Geld in Zahlung nur mit Erlaubnis der Kommission für Währungsverhältnisse verfügen. Im einzelnen muß Deutschland die

Unterhaltungsleistungen der Sechshunderte in deutschen Gebieten seit dem 12. November behalten. Der Ausschuss für Währungsverhältnisse hat sich, welche von Deutschland auf Grund des Währungsabkommens geleisteten Lieferungen auf die von Deutschland zu leistenden Zahlungen anzurechnen sind, wobei Zahlungen für die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen die Vorhand haben. Die Mächte, denen deutsches Gebiet abgetreten ist.

Übernehmen einen Teil der deutschen Reichsschulden sowie der Schulden des betreffenden deutschen Staates nach dem Stande von 1914 mit Ausnahme von Elbfähr-Verträgen, sowie desjenigen Teiles, der auf Polen entfallenden Schuld, oder aus Maßnahmen für deutsche Kolonisation kommt. Ebenso sind davon die Teile der Schuld ausgenommen, die zum Erwerb des Eigentums des deutschen Reiches oder der deutschen Staaten in den betreffenden Gebieten gehört haben. Dieses Eigentum wird von den Staaten an die dieses Gebiet abgetreten wird, erworben und der Erbs der deutschen Regierung anzurechnen. Zu diesem Beleg wird gerechnet alles Eigentum der Krone, des deutschen Reiches und der deutschen Staaten, sowie das Privatvermögen des ehemaligen deutschen Kaisers und anderer Fürstlichkeiten. Frankreich übernimmt dieses in Elsaß-Lothringen gelegene Eigentum

ohne jede Verpflichtung einer Zahlung.

Das selbe Recht erhält Belgien entsprechend. Deutschland wird verpflichtet auf alle Rechte irgend welcher Art für sich und seine Staatsangehörigen aus Verträgen, betreffend Kommissionen, Agenturen, Staatsanstellungen in sämtlichen alliierten und assoziierten Ländern, sowie in Dalmatien, Ungarn, Bulgarien und der Türkei und Jugoslavien, verpflichtet sich weiter, zugunsten der Entente die mit der Türkei, sowie Österreichisch-ungarischen Regierung abgeschlossenen Finanztransaktionen rückgängig zu machen, und befristet seinen Bestand auf die Rechte aus den Verträgen von Bukarest und Treß-Bitteritz sowie den Juliangestrichen. Das meiste der deutschen Bestimmungen getroffen über Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger innerhalb Rußlands, Chinas, Dalmatiens, Ungarns, Bulgariens und der Türkei, sowie die brasilianische Schuld.

Wirtschaftliche Klauseln. Deutschland verpflichtet sich zur Weidbegünstigung der Einfuhr aus sämtlichen alliierten und assoziierten Ländern, ebenso der Aushä. Elsaß-Lothringische Erzeugnisse haben fünf Jahre lang das Recht vollstetiger Einfuhr nach Deutschland. Für Polen gilt dasselbe auf drei Jahre. Die Weidbegünstigung erstreckt sich auch auf die alliierten und assoziierten Mächte auf Fischfang, Küstenfahrt und Schlepplahrt zur See, wobei jene Mächte die Polizei ausüben.

Zwei Kabinettsköpfe erschienen neben ihm im Fenster. Der Waise und Edwin. Und Paul fragte: „Du, Mama, warum schimpst der Mann?“ „Sei still, Paul! ... Du lieber Gott, Beerbach, ich kann doch auch nicht basten! ... Der Schaden wird ja wohl wieder zu reparieren gehen ... Bitte, den Kopf, Frau Krübel!“

Weiter erstreckt sich die Weidbegünstigung auf Staatsangehörige jener Mächte hinsichtlich ihres Gewerbes, Eigentums usw. Zur Regelung der Bezahlung der Schmelzungen durch die Angehörigen einladender Länder wird jede der vertragschließenden Regierungen binnen zwei Monaten ein Billet einreichen, das ausreicht für Leistung und Empfang der betreffenden Bestimmungen. Die Bestimmungen des Entwurfs in bezug auf Eigentum, Rechte und Interessen von Staatsangehörigen der alliierten Mächte getroffen hat, werden umgehend eingeleitet, die Inhaber in ihre Rechte wieder eingesetzt. Eingegen behalten sich die alliierten Mächte das Recht vor, Eigentum usw. deutscher Staatsangehöriger auf ihren Gebieten zurückzubehalten und zu liquidieren. Deutschland hat keine Staatsangehörigen zu entziehen.

Bestimmungen über europäische Politik.

Artikel 31, Belgien. Deutschland ist mit der Aufrechterhaltung der Verträge von 1839 einverstanden und verpflichtet sich, schon jetzt alle Abmachungen anzuerkennen und zu beackten die die alliierten Großmächte mit Belgien oder den Niederlanden abgeschlossen werden.

Artikel 32 und 34 betreffen die bereits gemeldeten Bestimmungen über Voresnet, Eupen und Malmedy.

Artikel 35 und 39 enthalten Einzelheiten über Regelung der Grenzlinien zwischen Deutschland und Belgien, Option deutscher Staatsangehöriger für Belgien, Herausgabe von Archiven und Dokumenten und Regelung der finanziellen Lasten Deutschlands und Preussens hinsichtlich der abgetretenen Gebiete.

Artikel 40. Deutschland erkennt unter Vorbehalt auf frühere Verträge an, daß das Großherzogtum Luxemburg aufgeführt hat, einen Bestandteil des deutschen Zollvereins zu bilden. Luxemburg erhält alle Vorteile und Rechte, die ihm von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten gewährt werden.

Artikel 41. Deutschland darf wieder auf dem linken Rheingebirg, nach 50 Kilometer auf dem rechten Ufer Rheingebirg halten oder bauen und seine bewaffneten Kräfte dort zumalmenzischen, militärische Manöver abhalten usw. Zuwiderhandlungen werden als Störungen des Weltfriedens angesehen.

Artikel 42-44. Deutschland darf wieder auf dem linken Rheinufer, nach 50 Kilometer auf dem rechten Ufer Rheingebirg halten oder bauen und seine bewaffneten Kräfte dort zumalmenzischen, militärische Manöver abhalten usw. Zuwiderhandlungen werden als Störungen des Weltfriedens angesehen.

Artikel 45-50, betreffen das Saargebiet.

Deutschland überträgt an Frankreich den vollständigen und unbedingten, von allen Schulden und Lasten freien Besitz, mit dem ausschließlichen Recht auf dessen Ausnutzung, der im Saargebiet gelegenen Kohlengruben. Es folgen die genauen Angaben der Grenzen. 15 Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrages wird die Bevölkerung des Gebietes, die Souveränität bekanntzugeben, unter der sie gehalten zu werden wünscht. Weitere Bestimmungen beziehen sich auf die Bedingungen für die Abtretung der Bergwerke, Maßnahmen zur Sicherung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung und die Bedingungen für die Volksabstimmung. Die Weidgewerbung durch den französischen Staat erfolgt frei von allen Schulden und Lasten.

Der Wert des dem französischen Staat abgetretenen Gebietes wird durch den Währungsmaßnahmen-Ausschuss festgelegt und dem Konto der Währungsmaßnahmen-Deutschland treuhänder, Deutschland und die Eigentümer oder Interessenten zugeschrieben. Die weiteren Bestimmungen regeln den Verkauf von Eisenbahnen und Kanälen, die Bewirtschaftung der Bergwerke, die Beiträge der Bergwerke an den örtlichen und Gemeindefinanzwesen usw. Die Regierung des Saarbeckens wird eine Kommission aus fünf Mitgliedern einsetzen, denen ein Nichtfranzöser aus dem Saarland und ein nichtfranzösischer, welchen anderen Ländern als Frankreich angegeben, übertragen. Sie werden auf ein Jahr gewählt, können wiedergewählt werden und können vom Rat der Gesellschaft der Nationen abgeleitet und ersetzt werden. Der Rat der Gesellschaft der Nationen anerkennt als Kommissionsmitgliedern den Präsidenten. Weitere Bestimmungen betreffen die Verwaltung des Saarbeckens. Weiter werden Bestimmungen getroffen über die Staatsangehörigkeit der Einwohner Saars, Sprache usw.

es ihm das schon häufiger daheim im Zimmer geübte „Inbarnieren“ betreiben konnte. ... Da er verzog, ließ die Waise kommen die „Lußs“ nach. Er legte sich auf den Rücken und trömelte mit den Stiefelabsätzen aneinander. In der Abendstunde der Hitze, folgte, dessen entgang ihm die Annäherung eines Weidgeschichtes, des von dem Besitzgeräten seiner Wohnstätte abnungslos heimkehrenden Thomas.

Als er die merkwürdigen Bemerkungen von menschlichen Frühen auf dem Dache seiner Bekleidung beobachtete, kümmerte er sich im Laufschritt näher und erforderte sie gerade in dem Augenblick, als die „Pantherherge“ vom drinnen rief: „Wenn Hans zu nich bald kommt, dann piele ich nich mehr mit.“

„Warte doch, du Dummel“, gab der „stiefelbehe Leppard“ zurück um in der nächsten Sekunde erschrocken aufzuführen, daß er sich an den Beinern erfährt und herabgejoggen führte.

„Warte doch, du Dummel“, gab der „stiefelbehe Leppard“ zurück um in der nächsten Sekunde erschrocken aufzuführen, daß er sich an den Beinern erfährt und herabgejoggen führte. Sein Schrei alarmierte die Friedenspfeiferer in dem Waisenhaus. „Feuertaube“ gelang es noch, zu entziehen. Über der „Sohn des Kommandors“ und die „Pantherherge“ wurden durch Thomas, der den „Lußs“ im Gesicht hielt, jämmerlich zu Gefangenen gemacht.

Handwritten notes and marginalia in the right margin, including small text and symbols.

Der nächste 8. Abschnitt erklärt, daß die Vertragsparteien sich in Anerkennung der moralischen Verpflichtung aus dem durch Deutschland 1872 beantragten Unrecht das Recht Frankreichs und gegen den Willen der Bevölkerung

Elb-Lothringen
 darüber einig ist, daß Elb-Lothringen seit dem 11. November 1918 der Unparteilichkeit wieder unterstellt sind. Die Bestimmungen des Vertrages über die Festsetzung der Grenzen von 1871 treten wieder in Kraft. Elb-Lothringen kehrt frei von allen Staatsverbindungen zurück. Frankreich erhebt für eigene Rechnung die Steuern, welche vor dem 1. Januar 1918 nicht eingezogen waren. Die Provinzen Metz, Moselle, Saarland, Lothringen, Westfalen und Elsaß-Lothringen werden dem Reich einverleibt. Die Provinzen Elsaß, Lothringen, Westfalen und Saarland werden dem Reich einverleibt. Die Provinzen Elsaß, Lothringen, Westfalen und Saarland werden dem Reich einverleibt.

Polen
 Nach dem 6. Abschnitt erkennt Deutschland die Unabhängigkeit Polens an und wird in dem durch diesen Vertrag festgelegten Grenzen als litte respektieren, jedoch nicht der Rat der Gesellschaft der Nationen einem anderen Verhalten zustimmt.

Der 7. Abschnitt des dritten Teiles bezieht sich auf die im Hochoberschlesien Staat, dessen Unabhängigkeit Deutschland anerkennen und der die autonome kulturellen Gebiete südlich von dem Karpaten sind. Die Bestimmungen des Vertrages über die Festsetzung der Grenzen von 1871 treten wieder in Kraft. Elb-Lothringen kehrt frei von allen Staatsverbindungen zurück.

Polen
 Nach dem 6. Abschnitt erkennt Deutschland die Unabhängigkeit Polens an und wird in dem durch diesen Vertrag festgelegten Grenzen als litte respektieren, jedoch nicht der Rat der Gesellschaft der Nationen einem anderen Verhalten zustimmt.

Dänemark
 und fest ist, daß in der Zone zwischen der im Friedensvertrag festgelegten Grenze Dänemarks und der nachfolgend beschränkten Linie die Einwohner frei durch Abstammung antwortenden sein, welchem Staate sie angeschlossen zu werden wünschen.

Die Bestimmungen des Vertrages über die Festsetzung der Grenzen von 1871 treten wieder in Kraft. Elb-Lothringen kehrt frei von allen Staatsverbindungen zurück.

Dänemark
 und fest ist, daß in der Zone zwischen der im Friedensvertrag festgelegten Grenze Dänemarks und der nachfolgend beschränkten Linie die Einwohner frei durch Abstammung antwortenden sein, welchem Staate sie angeschlossen zu werden wünschen.

Schlesien
 festimmt die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark und wird entsprechend den alliierten und assoziierten Großmächten auf das Gebiet zwischen der Dülze und Norddänische von Dänemark, wie sich im Friedensvertrag feststelt, ist und den alten Grenzen zwischen Deutschland und Dänemark besteht.

Schlesien
 festimmt die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark und wird entsprechend den alliierten und assoziierten Großmächten auf das Gebiet zwischen der Dülze und Norddänische von Dänemark, wie sich im Friedensvertrag feststelt, ist und den alten Grenzen zwischen Deutschland und Dänemark besteht.

Schlesien
 festimmt die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark und wird entsprechend den alliierten und assoziierten Großmächten auf das Gebiet zwischen der Dülze und Norddänische von Dänemark, wie sich im Friedensvertrag feststelt, ist und den alten Grenzen zwischen Deutschland und Dänemark besteht.

Schlesien
 festimmt die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark und wird entsprechend den alliierten und assoziierten Großmächten auf das Gebiet zwischen der Dülze und Norddänische von Dänemark, wie sich im Friedensvertrag feststelt, ist und den alten Grenzen zwischen Deutschland und Dänemark besteht.

Schlesien
 festimmt die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark und wird entsprechend den alliierten und assoziierten Großmächten auf das Gebiet zwischen der Dülze und Norddänische von Dänemark, wie sich im Friedensvertrag feststelt, ist und den alten Grenzen zwischen Deutschland und Dänemark besteht.

Schlesien
 festimmt die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark und wird entsprechend den alliierten und assoziierten Großmächten auf das Gebiet zwischen der Dülze und Norddänische von Dänemark, wie sich im Friedensvertrag feststelt, ist und den alten Grenzen zwischen Deutschland und Dänemark besteht.

und muß verhindern, daß seine Staatsangehörigen sich in fremden Ozean und Meeren anwerben lassen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

An den deutschen Osten!
 Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:
 Die Reichsregierung hat durch den Bekanntmachung der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen. Der Bewohner ist in der ständigen Kontrolle der Alliierten. Deutschland darf in dieser Zeit keine neuen Stationen bauen.

den die Bewegung in ihre eigenen Händen würde sich ste lassen und diejenigen hinwegführen, die heute noch den letzten Gedanken haben, nicht abtrifft die Herren ihrer eigenen Väter, sondern auch die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Deutsches Reich.
 die dem Staat zu tun sind, und wußten das die Herren des ganzen Welt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Eine Trauer wird sich auf das deutsche Volk niederlegen. Es soll zerschallen, das das deutsche Reich hat!

Halle und Umgebung.

Komm. v. R. Schmidt, der Militärbeschäftigte des ...

A. Weiss von ... 3000 Meter, 10000 ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank).

Der Aufsichtsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, der Generalversammlung für das Jahr 1918 die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent vorzuschlagen. Der Reinertrag betrug ...

Provinzial-Nachrichten.

* Alten, 7. Mai. (Ein Unterseebootzerstörer) traf am 2. Mai abends ...

* Hildesheim, 7. Mai. (Der Kraftwagenverkehr) durch Schwarzatal ist nach neuer Entscheidung ...

* Braunschweig, 7. Mai. (Sommerferien) auf den Redaktionsstuhl ...

Literarisches.

Die beiden erdinneren ...

Die beiden erdinneren ...

Goethe-Buchhandlung

Sport-Nachrichten der Saale-Zeitung

Rennen zu Karlsruhe am 8. Mai. (Eigener Drahtbericht der Saale-Zeitung).

Die Bilanz ergibt folgende Aussen: 1. Billa: Aktienkapital ...

Festberichtigung für die Ablieferung ausländischer Wertpapiere.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die die alliierten und assoziierten Mächte der Durchführung der Bekanntmachung ...

Mitteldeutsches Braunkohlen-Syndikat. Die Vertreter der mitteldeutschen Braunkohlenwerke beschließen in einer in Leipzig abgehaltenen ...

Reine Kohlen-Stationsliste. Von der Stadt Rottleben ist ...

Kriegsmaschinen ... 2. Mai ...

Rechts-Hilfsfällige ... 1. Mai ...

Deutsche ... 1. Mai ...

Reinerträge ... 1. Mai ...

Deutsche ... 1. Mai ...

Deutsche ... 1. Mai ...

Deutsche ... 1. Mai ...

Deutsche ... 1. Mai ...